



Schriftliche Stellungnahme
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 26. September 2022 zum
Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
**Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Verordnungsermächtigungen beim Kurzarbeitergeld
und anderer Regelungen**
20/3494

Siehe Anlage

Krisenregelungen zum Kurzarbeitergeld lösen nicht das Preisproblem in der Energiekrise

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Verordnungsermächtigungen beim Kurzarbeitergeld und anderer Regelungen ([BT-Drs. 20/3494](#))

23. September 2022

Zusammenfassung

Die vorausschauende Verlängerung der Verordnungsermächtigungen zu den besonderen Krisenregelungen beim Kurzarbeitergeld ist sinnvoll. Die Bundesregierung kann so im Falle einer Eskalation der aktuellen Lage im Ordnungswege Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld erlassen und bleibt somit auch nach dem 30. September 2022 kurzfristig handlungsfähig. Kurzarbeitergeld hat in der COVID-19-Pandemie viele Arbeitsplätze gesichert und hat sich im Falle konjunktureller Krisen mit einem vorübergehenden Arbeitsausfall bewährt.

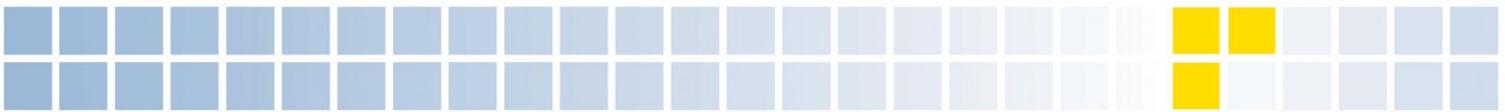
Für den Fall einer erneuten ggf. sogar über den Umfang der COVID-19-Pandemie hinausgehenden Krise sollte schnellstmöglich ein massentauglicheres und aus Steuermitteln finanziertes Kriseninstrument zur Beschäftigungssicherung ausgearbeitet und vorbereitet werden.

Grundsätzlich gilt, dass das Kurzarbeitergeld kein Allheilmittel für jede Art von Krise sein kann. In der aktuellen Situation braucht es vorrangig Maßnahmen, die auf die Weiterführung der Produktion und die Stabilisierung von Lieferketten abzielen. Wirksame Maßnahmen sind gefragt, die nicht nur die Symptome mildern, sondern die Ursachen bekämpfen. Dazu gehört insbesondere ein rasches Handeln der Politik, um die Energiemärkte zu normalisieren.

Im Einzelnen

Schnelle Handlungsfähigkeit der Bundesregierung in Krisensituationen sichern

Aufgrund der aktuell bestehenden großen Unsicherheiten (COVID-19-Pandemie, Gasversorgung) in den nächsten Wochen und Monaten ist es richtig, die bestehenden Verordnungsermächtigungen der Bundesregierung in § 109 Absatz 5 und § 421c Absatz 5 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) nicht auslaufen zu lassen oder einzuschränken, sondern bis zum 30. Juni 2023 – unter weitestgehender Zusammenfassung sowie Vereinheitlichung der Voraussetzungen - zu verlängern. Dies gilt auch für die Verordnungsermächtigung in § 11a Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG), welche die Öffnung des Kurzarbeitergeldes für die Zeitarbeit ermöglicht. Nahtlosigkeit wäre durch das Inkrafttreten der geplanten Regelungen zum 1. Oktober 2022 sichergestellt. Damit erhielte die



Bundesregierung auch über den 30. September 2022 hinaus die Möglichkeit, Krisen-Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld durch Verordnung zu erlassen.

Weiterhin auf der Grundlage der Verordnungsermächtigung in § 109 Abs. 8 SGB III den anrechnungsfreien Hinzuverdienst durch Aufnahme eines Minijobs während der Kurzarbeit (§ 421c Absatz 1 SGB III) zu ermöglichen, ist vertretbar. So können die von Kurzarbeit Betroffenen ihre Entgeltausfälle selbst ausgleichen. Wenn keine Anrechnung erfolgt, bedeutet dies auch für die BA eine Vereinfachung des Abrechnungs- und Antragsverfahrens.

Verfahrensvereinfachungen für die BA entlasten Unternehmen und die Verwaltung

Durch die Abrechnung und Abschlussprüfung der Kurzarbeit ist die Bundesagentur für Arbeit (BA) stark belastet und auch die Unternehmen mit sehr großen administrativen Aufwänden konfrontiert. Eine weitere Krisensituation mit ähnlichem Ausmaß wie in der COVID-19-Pandemie kann die BA nicht ohne weitere administrative Entlastungen bewältigen. Die zeitnahe Auszahlung der Leistung war eines der Kernstücke des Erfolges des Instrumentes der Kurzarbeit. Daher ist es zu begrüßen, dass die Verordnungsermächtigungen in Bezug auf Verfahrensvereinfachungen für die BA bei den Prüfungen der Anspruchsvoraussetzungen des Kurzarbeitergeldes ausgeweitet werden sollen. Insbesondere wenn sich die Lage weiter zuspitzen sollte, wird es auch für die Bearbeitung der aktuell noch offenen Abschlussprüfungen aus der COVID-19-Pandemie weiterer administrativer Erleichterungen bedürfen.

Für den Fall einer erneuten, ggf. sogar über den Umfang der COVID-19-Pandemie hinausgehenden Krise sollte zudem schnellstmöglich ein massentauglicheres und aus Steuermitteln finanziertes Kriseninstrument zur Beschäftigungssicherung ausgearbeitet und vorbereitet werden.

Ansprechpartner:

BDA | DIE ARBEITGEBER

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Abteilung Arbeitsmarkt

T +49 30 2033-1400

Arbeitsmarkt@arbeitgeber.de

Die BDA organisiert als Spitzenverband die sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der gesamten deutschen Wirtschaft. Wir bündeln die Interessen von einer Million Betrieben mit rund 30,5 Millionen Beschäftigten. Diese Betriebe sind der BDA durch freiwillige Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden verbunden.